

Wolfgang Streeck Volksheim oder Shopping Mall? Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik

Die Entwicklung moderner Gegenwartsgesellschaften lässt sich als Prozess fortschreitender Markterweiterung beschreiben – oder mit Rosa Luxemburg: als äußere und innere »Landnahme« des Marktes gegenüber der sozialen Lebenswelt (Luxemburg 1913).¹ In dem Maße, wie dabei soziale Beziehungen zu Marktbeziehungen werden, löst sich menschliches Handeln von traditionellen Verpflichtungen und folgt durchgerechneten Interessen. Leistungen für andere, die nicht aus Eigennutz erbracht werden, entfallen. Wenn die Gesellschaft auf sie nicht verzichten will, muss sie sie durch formale Regulierung erzwingen oder mit öffentlichen Mitteln selbst erstellen. Dies ist die eigentlich treibende Kraft hinter dem Wachstum der Staatstätigkeit und der Staatsausgaben im Kapitalismus und Prämisse jeder wohlfahrtsstaatlichen Politik.

Allerdings haben Staaten ihre eigenen Probleme. Regulierung muss nicht immer funktionieren; öffentliche Leistungen kosten Geld, das durch Steuern, Gebühren oder Kreditaufnahme beschafft werden muss; staatliche Eingriffe können unerwartete und unerwünschte Nebenfolgen haben; und nicht zuletzt können sie ebenso schwierige moralische Probleme aufwerfen wie der Markt, dessen abträgliche Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sie doch eigentlich ausgleichen sollen. Diesen Zusammenhang möchte ich am Verhältnis zwischen der Zunahme der *weiblichen Erwerbstätigkeit* seit den 1970er Jahren, dem gleichzeitigen Rückgang der *Geburtenraten* als Folge der Expansion des Arbeitsmarkts und der Herausbildung einer neuen staatlichen *Familienpolitik*, die auf eine *Sozialisierung der physischen Reproduktion der Gesellschaft* hinausläuft, genauer untersuchen.

Ein ebenso gutes Beispiel für das, was Jens Beckert (2009) die »Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems« genannt hat, wäre die Verwandlung des privaten Bankenwesens der reichen Länder aus einer Art halböffentlicher industrieller Infrastruktur in eine globale Geldindustrie. Bekanntlich haben deren unerwartete Nebenfolgen erst kürzlich dazu geführt, dass die Staaten der westlichen Welt ihre fiskalische Handlungsfähigkeit fast völlig verloren haben. Gleichfalls einschlägig, wenn auch weniger dramatisch, erscheint die Entwicklung im Markt für Arbeit, wo mehr Markt gleichbedeutend ist mit weniger paternalistischer Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und, zunächst, entsprechend mehr Kündigungsschutz und Arbeitslosenversicherung. Wenn es dann noch »flexibler« zugehen soll oder muss, kann es noch teurer werden: siehe die immensen Aufwendungen für »aktive Arbeitsmarktpolitik« in Ländern wie Dänemark und den Niederlanden mit ihren hohen Ausgaben für Übergangsgelder, Weiterbildung und eine flächendeckende Arbeitsverwaltung (Streeck 2009).

1 Der vorliegende Beitrag beruht auf dem Vortrag, den Wolfgang Streeck am 14. Juli 2010 im Rahmen der Vortragsreihe à jour in der Frankfurter Zentralbibliothek gehalten hat. Unter dem Titel »Gemeinsam im Niemandsland. Auf der Suche nach einer neuen Sozial-

ordnung« bildete à jour das vom Institut für Sozialforschung veranstaltete gesellschaftstheoretische Begleitprogramm zu dem von der BHF-BANK-Stiftung initiierten Uraufführungsfestival *Frankfurter Positionen 2011*. [A. d. R.]

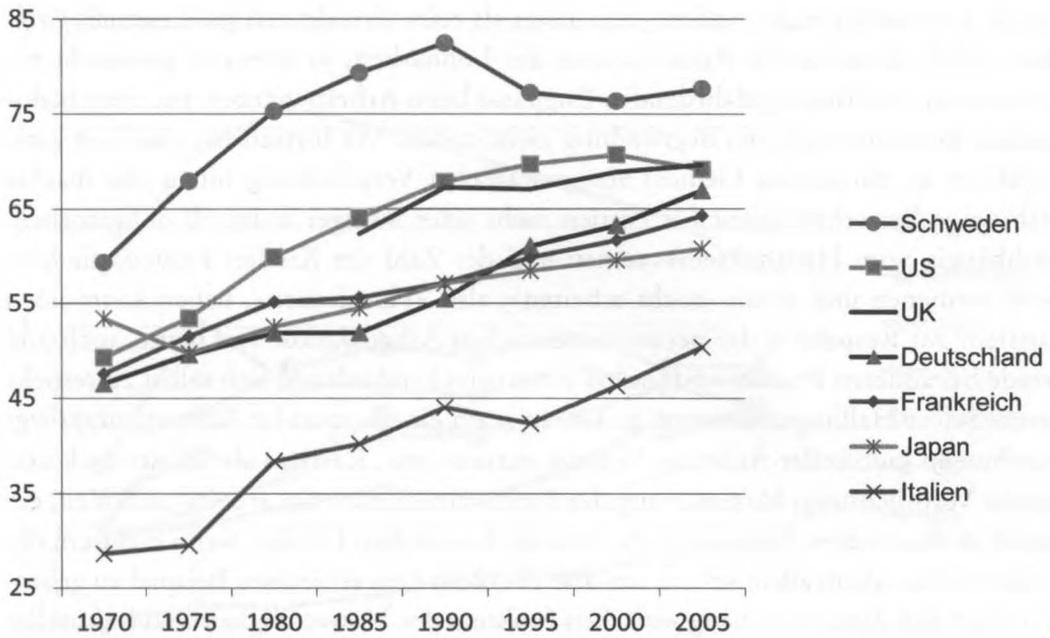
Was die Ausweitung der weiblichen Erwerbstätigkeit und ihre demografischen und sozialpolitischen Folgen betrifft, so gibt es zu dem Thema eine politisch korrekte Standarderzählung, die ungefähr wie folgt verläuft: Ende der 1960er Jahre begannen die gesellschaftlichen Vorurteile gegen eine volle Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben allmählich zu fallen. Immer mehr Frauen konnten sich ihren lang gehegten Wunsch erfüllen und in Lohnarbeit eintreten. Als Folge ihrer Auswanderung aus der Subsistenzwirtschaft der Familie in die Freiheit des Arbeitsmarkts gingen die Kinderzahlen zurück. Danach dauerte es Jahrzehnte, bis die von Männern dominierte staatliche Politik die ihr damit zugewachsenen neuen Aufgaben verstanden hatte, darunter vor allem die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen der Kinderbetreuung zur Verbesserung dessen, was heute »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« heißt. Je weiter die Verantwortung für die Versorgung von Kindern von den Familien auf den Staat übertragen wurde, desto schneller erholten sich die Geburtenraten. Während in den 1970er Jahren OECD-Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten niedrige Geburtenraten hatten, ist es seit den 1990ern, so hören wir, umgekehrt (Ahn und Mira 2002): Infolge der neuen, familienpolitisch orientierten Sozialpolitik haben Länder nunmehr umso höhere Kinderzahlen, je größer der Anteil der Frauen ist, die berufstätig sind.

Diese Geschichte ist nicht völlig falsch. Aber sie unterschlägt eine Anzahl von Problemen und Paradoxien, und wohl durchaus mit Absicht. Auf einige dieser Probleme möchte ich im Folgenden eingehen, um ein komplexeres Bild vom Verhältnis zwischen Marktentwicklung, sozialer Lebenswelt und politischer Intervention – und insbesondere von den fiskalischen Kosten von Märkten und der Notwendigkeit, Möglichkeit und Unmöglichkeit eines Ausgleichs der sozialen Nebenfolgen von Markterweiterung durch Erweiterung und Strukturanpassung des modernen Wohlfahrtsstaats – zu zeichnen, ein Bild, das mir über den hier behandelten Fall hinaus von Interesse zu sein scheint.

Befreiung oder Vertreibung?

Die Auswanderung der Frauen aus der Subsistenzwirtschaft der Familie und ihre Einwanderung in den Arbeitsmarkt seit dem Ende der 1960er Jahre (Abbildung 1) lässt sich nicht nur als Befreiungs-, sondern auch als Vertreibungsgeschichte erzählen. Die Befreiungsgeschichte der weiblichen Erwerbsarbeit berichtet vom verdienten Ende der repressiven *Single-Breadwinner*-Familie, vom lang ersehnten und hart erkämpften Zugang der Frauen zur Freiheit des Marktes und vom Glück des endlich eigenen Geldes und des selbstbestimmten Konsums. Die Vertreibungsgeschichte dagegen beginnt mit der Krise der Lohnarbeit in den industrialisierten Ländern nach 1968, die auch durch die nach langem, ununterbrochenem Wachstum eingetretene Ausschöpfung des Arbeitsangebots bedingt war, und berichtet von der Inflation und dem *profit squeeze* des anschließenden Jahrzehnts, als dem Kapitalismus die Massenbasis abhandenzukommen drohte. Nichts wurde damals dringender gebraucht als die Zufuhr einer neuen Klasse enthusiastischer Lohnarbeiter, die für die Wiederherstellung flexibler Arbeitsmärkte sorgen würde und für Druck auf den zu hoch gewordenen *family wage* und die von einer gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft durchgesetzten, für den ersehnten »Strukturwandel« als zu »rigide« empfundenen Beschäftigungsbedingungen.

Abbildung 1: Weibliche Erwerbsbeteiligung in Prozent, 1970–2005



Quelle: OECD. In Prozent aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren. Dargestellt sind sieben Länder, die für jeweils andere Muster von Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur stehen: die angelsächsischen Demokratien Großbritannien (UK) und Vereinigte Staaten von Amerika (US), die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten Deutschland und Frankreich, Italien als Vertreter des mediterranen Gesellschaftstyps sowie Schweden als Repräsentant des skandinavischen und Japan als Vertreter des asiatischen Sozialsystems.

Ich lasse dahingestellt sein, welche kausalen Zusammenhänge zwischen dem massenhaften Einzug der Frauen in die Erwerbsarbeit und dem Bedürfnis des stagnierenden Kapitalismus der 1970er Jahre nach erneuter »Landnahme« – der Begriff wurde von Burkart Lutz (1984) für die Soziologie der Nachkriegszeit wiederentdeckt – im Einzelnen bestanden haben mögen. Jedenfalls bescherte die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit der Wirtschaft dringend benötigte willige und gefügte Arbeitskräfte – eine mächtige Schar eifriger Zeuginnen für den Segen der Lohnarbeit – zu einem Zeitpunkt, als die überwiegend männlichen Arbeitnehmer der zweiten Nachkriegsgeneration unakzeptabel anspruchsvoll geworden waren. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass Entgewerkschaftung und Lohndruck gerade in einem Land wie den USA, wo die Feminisierung des Arbeitsmarkts am schnellsten vorankam, mindestens ebenso Ursache wie Folge derselben waren. Dass viele Familien einen immer größeren Anteil ihrer Zeit und ihres Lebens auf dem Arbeitsmarkt verkauften, diente keineswegs immer der »Emanzipation«, sondern oft auch und vor allem der Verteidigung eines gewohnten Lebensstandards beziehungsweise des gewohnten Anstiegs desselben gegen die Aufkündigung der Nachkriegsordnung des New Deal durch Arbeitgeber und Politik. Im Übrigen können durchaus beide Erzählungen zugleich zutreffen: die Befreiungserzählung für die neue Mittelschicht und die Landnahmeerzählung für die absinkende alte Arbeiterklasse.

Im öffentlichen Diskurs war die letztere freilich kaum präsent. Hier dominierte und dominiert das Idol der erfolgreichen Anwältin, Managerin, Wissenschaftlerin usw., für die Lohnarbeit nichts anderes sein kann als reine Freude: nur *pull*, niemals *push*. Dabei blieb die kulturelle Rehabilitation der Lohnarbeit, so dringend gebraucht angesichts der wachstumsgefährdenden Engpässe beim Arbeitsangebot, bei einer hedonistisch-konsumeristischen Begründung nicht stehen. Mit fortschreitender Zeit kam, so scheint es, ein starkes Element von moralischer Verpflichtung hinzu und machte aushäusige Erwerbstätigkeit für Frauen mehr oder weniger kulturell obligatorisch, unabhängig vom Haushaltseinkommen und der Zahl der Kinder: Frauen, die kein Geld verdienen und damit »nicht arbeiten«, also »Hausfrauen«, haben kaum noch Aussicht auf Respekt in der neoprotestantischen Arbeitskultur von heute, auch und gerade bei anderen Frauen, und finden es entsprechend schwer, sich selbst zu respektieren. Selbst Halbtagsarbeit, vor 20 Jahren noch ein akzeptabler Ausweg, unterliegt zunehmend kultureller Ächtung: Vollzeit muss es sein, Karriere als Selbstzweck und soziale Verpflichtung, Maximierung des Einkommens statt der arbeitsfreien Zeit, ein Leben in dauerndem Zeitmangel als Ausweis beruflichen Erfolgs, wenn nicht um des Geldes willen, dann allein schon, um den Töchtern kein schlechtes Beispiel zu geben. Wer über den Zusammenhang zwischen funktionaler Notwendigkeit und kultureller Anpassung, zwischen einem sich historisch entwickelnden kapitalistischen oder wohlfahrtsstaatlichen »Verwertungsinteresse« und den in einer Gesellschaft herrschenden Ideen und Werten spekulieren möchte, findet hier ein materialreiches Forschungsfeld.

Flexible Familien

Versucht man, den dramatischen Wandel des sogenannten »Frauenbildes« genauer zu verstehen, so stößt man auf den Umstand, dass der Einzug der Frauen in den Arbeitsmarkt mit tiefgreifenden Veränderungen der Familienstruktur zusammentraf, der Zerfall des Normalarbeitsverhältnisses der Nachkriegszeit mit dem Zerfall der Normalfamilie und die fortschreitende Flexibilisierung der Beschäftigungs- mit einer parallel verlaufenden Flexibilisierung der Familienverhältnisse (Streeck 2009). In den 1970er Jahren stiegen die Scheidungsraten – auch infolge eines immer weiter liberalisierten Familienrechts – überall an, die Zahl der Eheschließungen ging zurück und unverheiratetes Zusammenleben und ein Dasein als Single wurden zu akzeptierten Lebensformen (Abbildung 2. 1 und 2. 2). Gemeinhin wurde und wird diese Entwicklung mit der sogenannten »sexuellen Revolution« in Beziehung gesetzt, die wiederum unter anderem auf die etwa gleichzeitig einsetzende Verbreitung sicherer Mittel der Empfängnisverhütung und die Entkriminalisierung der Abtreibung zurückgeführt wird.

Abbildung 2. 1: Scheidungen auf 1 000 Einwohner

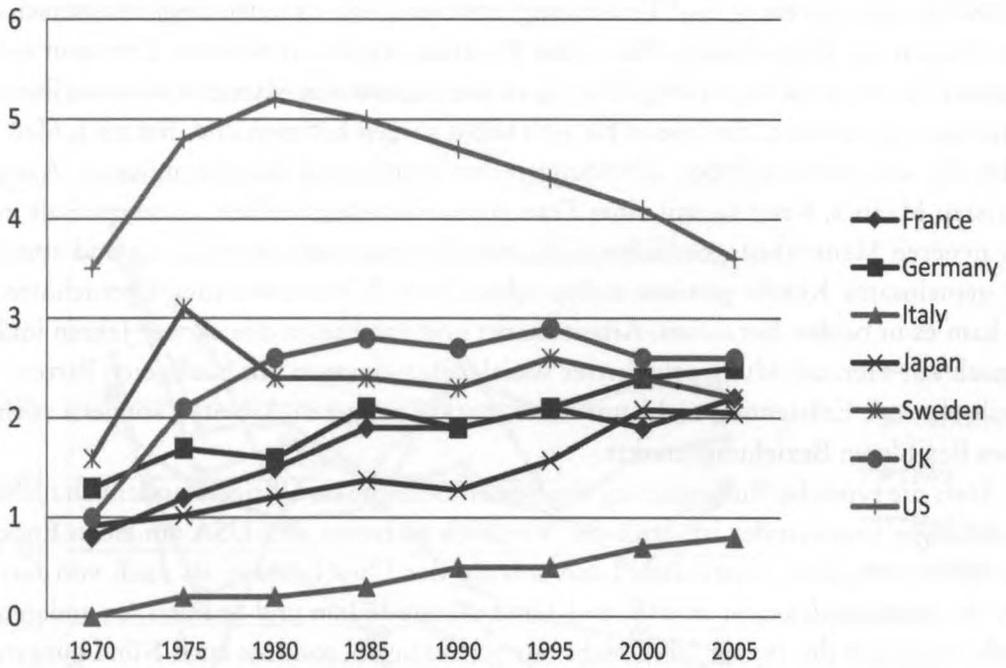
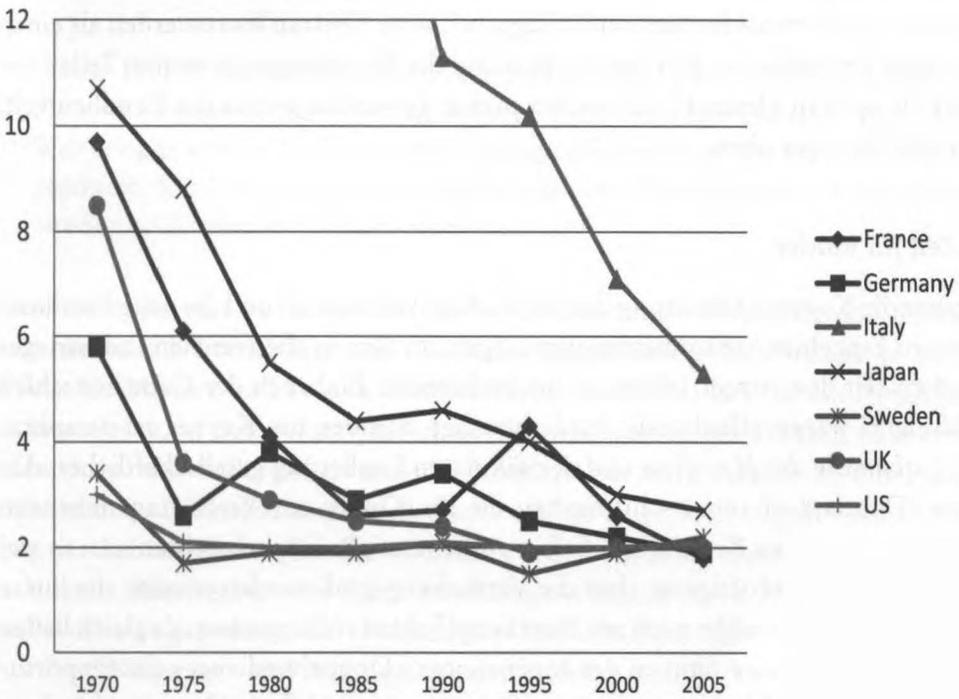


Abbildung 2. 2: Eheschließungen pro Scheidung



Quellen: OECD

Auch hier bestehen enge Wechselwirkungen zur Ausweitung der weiblichen Erwerbstätigkeit, und in der Tat lässt sich auch in Bezug auf die Familienstruktur eine *Doppelgeschichte von Befreiung und Vertreibung* erzählen. Gab Erwerbstätigkeit einerseits den Frauen die Möglichkeit, ohne einen Besitzansprüche erhebenden Ehemann auf eigenen Füßen zu stehen, ermöglichte sie es andererseits den Männern, sich von ihren Ehefrauen zu trennen, die ja jetzt für sich selbst sorgen konnten und dies nach Maßgabe des sich entwickelnden Scheidungsrechts zunehmend können müssen.² Auch mussten Männer, wenn sie mit einer Frau zusammenleben wollten, diese erstmals in der neueren Menschheitsgeschichte nicht mehr heiraten und damit für sie und etwaige gemeinsame Kinder gewissermaßen lebenslänglich Verantwortung übernehmen. So kam es in beiden Bereichen, Arbeitsmarkt und Familie, in den 1970er Jahren und danach zur Herausbildung gelockerter sozialer Beziehungen mit häufigeren Partnerwechseln: zur Entstehung nicht nur eines marktförmigeren Arbeits-, sondern auch eines flexibleren Beziehungsmarkts.

Dass die typische Ausgestaltung der beiden Bereiche im Übrigen tatsächlich nicht unabhängig voneinander ist, zeigt der Vergleich zwischen den USA am einen Ende des Spektrums, dem klassischen Land sowohl der Ehescheidung als auch von *hire and fire* und *employment at will*, und Ländern wie Italien und Spanien am anderen Ende, wo bis in die 1970er Jahre nicht nur Scheidungen, sondern auch Kündigungen schlechthin verboten waren. In Deutschland, wo die Deregulierung von Ehe und Familie rascher vorankam als die des Arbeitsmarkts, zeigte sich das Bewusstsein von der Vergleichbarkeit von Arbeits- und Familienrecht in dem in Arbeitgeberkreisen lange und häufig zu hörenden Bonmot, wonach es wegen des »Reformstaus im Arbeitsmarkt« mittlerweile leichter und billiger sei, seine Ehefrau loszuwerden als einen langjährigen Beschäftigten. Seitdem freilich sind die Beziehungen in weiten Teilen der Arbeitswelt auch in Deutschland ebenso prekär geworden wie in der Familienwelt, egal ob mit Ehe oder ohne.

Keine Zeit für Kinder

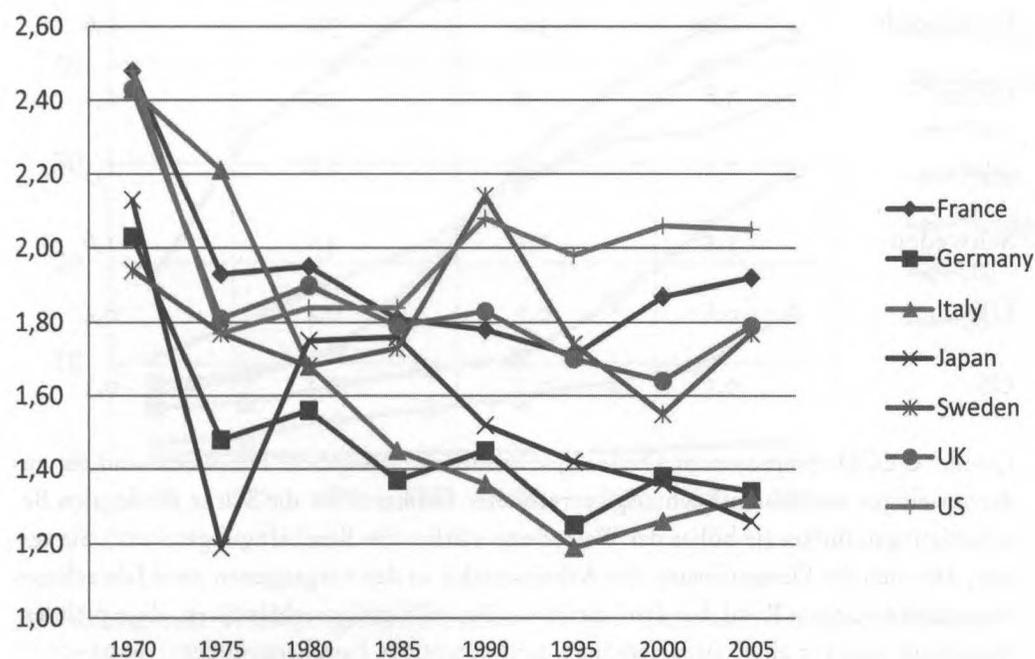
Wie immer die Kommodifizierung der weiblichen Arbeitskraft und die neue Familienstruktur im Einzelnen zusammenhängen mögen: an dem in allen reichen Industriegesellschaften seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Einbruch der Geburtenzahlen (Abbildung 3) waren offenkundig beide beteiligt. Mit der, um Keynes zu paraphrasieren, *Euthanasie der Hausfrau* und der säkularen Lockerung gesellschaftlicher »Ligaturen« (Dahrendorf 1994) schrumpften die für Kinder zur Verfügung stehenden zeitlichen und sozialen Ressourcen. Selbst verheiratete Paare verbrachten nun so viel Zeit in bezahlter Beschäftigung, dass die Versuchung groß werden musste, die kurze verbliebene »Freizeit« nicht noch mit Familienpflichten vollzupacken. Zugleich ließen die höheren Familieneinkommen der sogenannten »Doppelverdiener« die Opportunitätskosten von auf Kinder verwendeter Zeit ansteigen. Höhere Opportunitätskosten ergaben sich auch in sexueller Hinsicht, was die Eheneigung ebenso senkte wie die Scheidungs- und Trennungsrisiken erhöhte. Beides bedeutete vor allem für Frau-

2 Die familienrechtliche Abschaffung der Ehe als »Versorgungseinrichtung« erwies sich als

hoch effektive Maßnahme zur Steigerung des weiblichen Arbeitsangebots.

en eine realistische Aussicht, nach einem jederzeit möglichen Abgang des nunmehr sogenannten »Lebensabschnittspartners« alleinerziehend in wirtschaftlicher Armut zurückzubleiben.

Abbildung 3: Geburtenraten: Kinder pro Frau



Quelle: OECD. Die Geburtenrate (Fruchtbarkeitsziffer) gibt die Zahl der Kinder an, die die heute lebenden Frauen in ihrer Lebenszeit durchschnittlich und schätzungsweise zur Welt bringen werden. Sie wird aus den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern in einem gegebenen Jahr berechnet. Für die Erhaltung des Bevölkerungsstandes ist eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau erforderlich.

Gleichzeitig stiegen die Ansprüche der Arbeitswelt an die Beschäftigten. In Deutschland hatten sich Forderungen der Gewerkschaften, eine obligatorische 30-Stunden-Woche für Männer und Frauen durchzusetzen, auch um Platz für ein Familienleben zu reservieren, in den 1980er Jahren als illusorisch erwiesen. Danach nahm die Arbeitszeit in weiten Bereichen nicht ab, sondern zu, nicht zuletzt im Übergang zur sogenannten »Dienstleistungsgesellschaft« und im Zuge einer allgemeinen Deregulierung der Arbeitsmärkte (Tabelle 1). Unter Verweis auf einen verschärften Wettbewerb verlangten Arbeitgeber von ihren Beschäftigten immer mehr Flexibilität, Mobilität und »volles Engagement« bei abnehmender Sicherheit des Arbeitsplatzes. Frauen, die ihre Beschäftigungs- und Aufstiegschancen wahren wollten, taten unter diesen Umständen gut daran, sich nicht auch noch mit Kindern zu belasten – und tatsächlich ist es kein Geheimnis, dass in vielen Branchen der bloße Sachverhalt, dass Frauen Menschen sind, die Kinder bekommen können, als solcher ein nur schwer überwindbares Beschäftigungs- und Beförderungshindernis ist.

Tabelle 1: Stärke des arbeitsrechtlichen Beschäftigungsschutzes, 1990 und 2006

	Insgesamt		Befristete Beschäftigung	
	1990	2006	1990	2006
Deutschland	3,2	2,2	3,8	1,8
Frankreich	2,7	3,0	3,1	3,6
Italien	3,6	1,9	5,4	2,1
Japan	2,1	1,8	1,8	1,3
Schweden	3,5	2,2	4,1	1,6
UK	0,6	0,7	0,4	0,4
US	0,2	0,2	0,3	0,3

Quelle: OECD. Employment Outlook, verschiedene Ausgaben. Die Werte sind ein aus der jeweiligen nationalen Rechtslage errechneter Indikator für die Stärke des legalen Beschäftigungsschutzes (je höher der Wert, desto stärker der Beschäftigungsschutz). Sie zeigen, dass sich die Deregulierung des Arbeitsmarkts in den vergangenen zwei Jahrzehnten besonders an dessen Rand, bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen, abgespielt hat. Betroffene sind vor allem Berufsanfänger und potentielle Familiengründer.

Zunehmend androgyne Arbeitsmärkte und gelockerte Familienstrukturen bewirkten nicht nur sinkende Kinderzahlen, sondern auch und zugleich eine Entfamiliarisierung der Aufzucht der weniger gewordenen, verbliebenen Kinder. Am relativ *geringsten* war der Rückgang der Geburtenrate paradoxerweise in den Ländern, in denen der Anteil der außerhalb der Ehe geborenen Kinder – ein Anteil, der überall gewachsen ist – am stärksten *zugenommen* hat (Abbildung 4. 1 und 4. 2).³ Gesellschaften, heißt das, in denen Kinder immer noch vornehmlich in der Ehe geboren werden oder besser: nur dort legitim geboren werden können, weisen den steilsten Geburtenrückgang auf und haben heute die wenigsten Kinder. Dies nicht, weil Verheiratete weniger Kinder hätten als Unverheiratete, oder weil die relative Sicherheit einer rechtlich institutionalisierten Verbindung nicht mehr zählen würde, *sondern weil immer weniger Eben geschlossen werden*: aus – wie es die Populärpsychologie nennt – »Bindungsscheu«, aus Ungewiss-

3 »Während in Deutschland die Geburtenzahl insgesamt zurückgeht, steigt die Anzahl der Kinder an, deren Eltern zum Zeitpunkt ihrer Geburt nicht miteinander verheiratet sind. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, wurden im Jahr 2008 knapp 210 000 Kinder außerhalb einer Ehe geboren, das waren 32 % aller geborenen Kinder. 1998, als mit der Reform des Kindschaftsrechts die Rechtsstellung nichtehelicher Kinder verbessert wurde, waren es 157 000 (20 %

und 1993 118 000 Kinder (15 %). Innerhalb Deutschlands bestehen erhebliche Unterschiede. Im Norden und Osten ist der Anteil der außerhalb einer Ehe geborenen Kinder höher als im Süden und Westen. Die höchsten Anteile an unehelichen Geburten gab es 2008 in Sachsen-Anhalt mit 64 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 63 %, die niedrigsten in Baden-Württemberg mit 22 % und Hessen mit 24 %.« (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 4. Mai 2010)

Abbildung 4. 1: Uneheliche Geburten in Prozent aller Geburten, 1970–2005

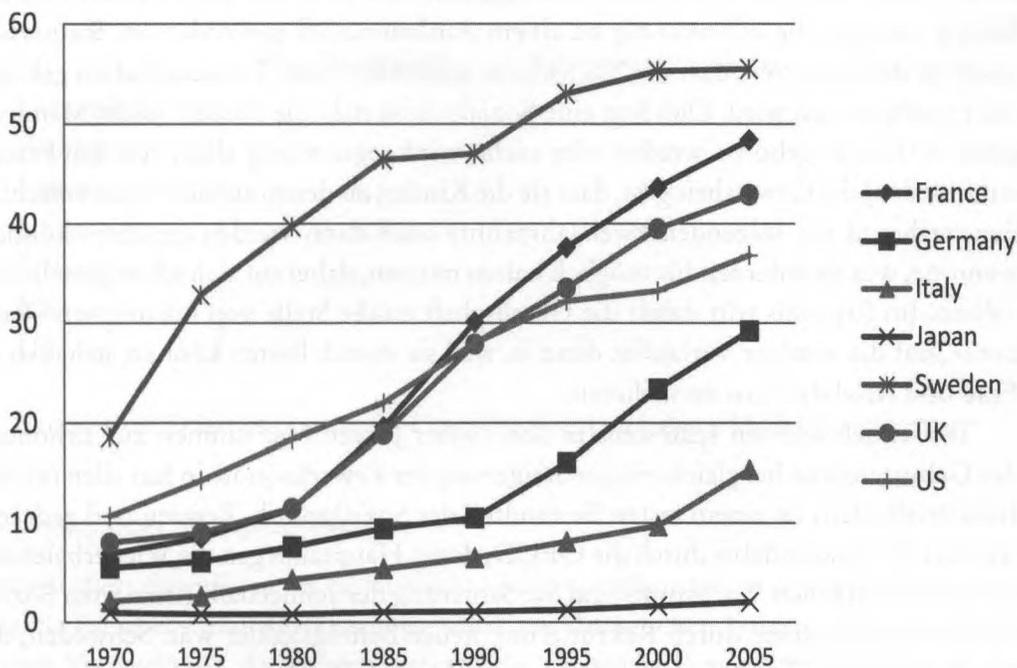
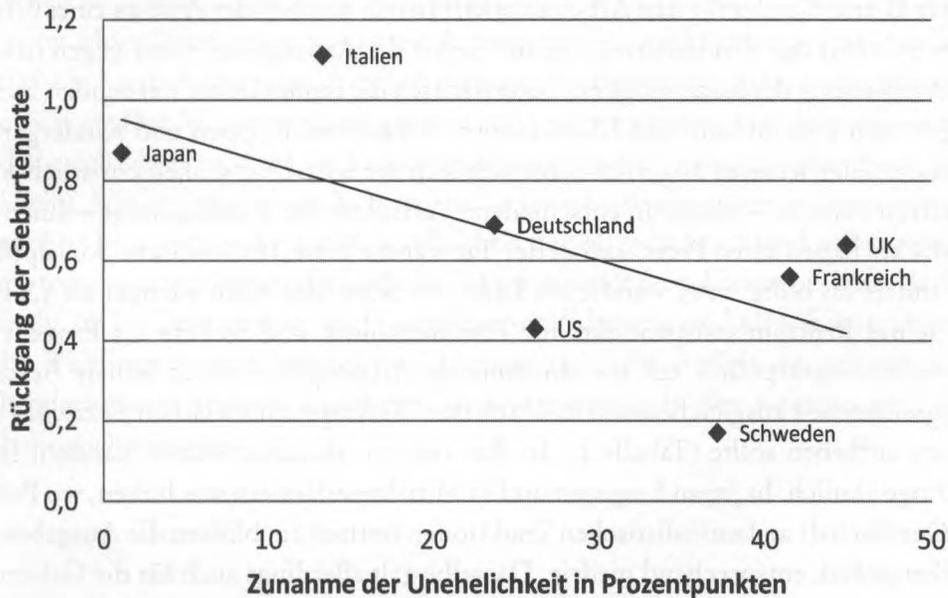


Abbildung 4. 2: Rückgang der Geburtenrate und Zunahme der Unehelichkeit, 1970–2005



Quellen: OECD

heit über die wirtschaftliche Zukunft und weil es in den flexiblen Arbeitsmärkten der Gegenwart so viel länger dauert, bis jemand einen einigermaßen sicheren Arbeitsplatz gefunden hat.

Eine Gesellschaft, die sich Kinder wünscht, darf sich nicht von einer Lebensform abhängig machen, die offenkundig zu einem Auslaufmodell geworden ist. Stattdessen muss sie darauf setzen, dass ihr Nachwuchs außerhalb fester Partnerschaften geboren oder großgezogen wird. Dies legt eine Sozialpolitik nahe, die Frauen (nicht Männern, denn ob Kinder geboren werden oder nicht, wird gegenwärtig allein von den Frauen entschieden) die Gewissheit gibt, dass sie die Kinder, zu denen sie sich heute entschließen, während der folgenden zwei Jahrzehnte auch dann werden ernähren können, wenn sie, was sie jederzeit für möglich halten müssen, dabei auf sich allein gestellt sein sollten. Im Ergebnis tritt damit die Gesellschaft an die Stelle von männlichen »Partnern«, auf die weniger Verlass ist denn je, weil sie es sich leisten können, jederzeit an Frau und Kind die Lust zu verlieren.

Tatsächlich wurden spätestens in den 1990er Jahren Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenraten bei gleichzeitiger Steigerung der Erwerbsquote in fast allen reichen Industrieländern zu einem festen Bestandteil der Sozialpolitik. Beraten und gedrängt wurden die Staaten dabei durch die OECD, deren Hauptanliegen die Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums und die Sanierung der schneeballfinanzierten Sozialversicherungssysteme durch Rekrutierung neuer Beitragszahler war. Schweden, das schon während seines Wirtschaftsbooms im Zweiten Weltkrieg mit einer pronatalistischen Gleichstellungspolitik zur Steigerung der Geburtenzahlen bei zunehmender weiblicher Erwerbstätigkeit zu experimentieren begonnen hatte, wurde weithin zum Vorbild. Wie in Schweden ging es bei der neuen Familienpolitik nicht nur um höhere Kinderzahlen, sondern auch um eine möglichst vollständige Mobilisierung auch der Mütter kleiner Kinder für den Arbeitsmarkt. Hierfür bot sich der Aufbau eines öffentlichen Systems der Kinderbetreuung an.⁴ Selbst die Arbeitgeber, sonst gegen nahezu jede Ausweitung der Staatstätigkeit, unterstützten die immer lauter werdenden Forderungen nach Einschulung von Kleinkindern in staatliche Krippen und Kindergärten, und mehr oder weniger zögerlich schlossen sich die wirtschaftsnahen christlich-konservativen Parteien – bis dahin entschiedene Verfechter des Familialismus – ihnen an.

Märkte haben ihren Preis, und in der Tat war die neue, feministische Sozialpolitik alles andere als billig. 2005 wandte ein Land wie Schweden nicht weniger als 3,2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Familienpolitik und weitere 2,5 Prozent für eine Arbeitsmarktpolitik auf, die abnehmende Arbeitsplatz- durch höhere Beschäftigungssicherheit ausgleichen und dadurch den Widerspruch zwischen *flexibility* und *security* aufheben sollte (Tabelle 2). In den anderen skandinavischen Ländern lagen die Dinge ähnlich. In Japan hingegen und in Mittelmeerländern wie Italien, wo Politik und Gesellschaft an familialistischen Traditionen festhielten, blieben die Ausgaben für Familienpolitik entsprechend niedrig. Dasselbe galt allerdings auch für die Geburtenraten, da in Ermangelung einer die Mütter entlastenden öffentlichen Infrastruktur die Geburt von Kindern auf die wenigen noch zustande kommenden Ehen beschränkt blieb.

4 Längere Auszeiten für Mütter und Väter, etwa in Form von verkürzten Arbeitszeiten oder Sabbatjahren, standen dagegen aus ar-

beitsmarktpolitischen Gründen nie wirklich zur Debatte.

Tabelle 2: Staatliche Ausgaben für Familien- und Arbeitsmarktpolitik, in Prozent des Sozialprodukts, 2005

	Familienpolitik	Arbeitsmarktpolitik	Insgesamt
Deutschland	2,2	3,2	5,4
Frankreich	3,0	2,5	5,5
Italien	1,3	1,4	2,7
Japan	0,8	0,7	1,5
Schweden	3,2	2,5	5,7
UK	3,2	0,6	3,8
US	0,6	0,3	0,9

Quelle: OECD Statistics on Social Expenditure and on Labour Market Programmes

Volksheim oder Shopping Mall

Beweist dies, dass die neue, erstaunlich rasch zum Mainstream gewordene Arbeitsmarkt-, Familien- und Bevölkerungspolitik die abträglichen Folgen einer fortschreitenden Vermarktung der Arbeitskraft für die physische Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft auszugleichen vermag? Zunächst spricht einiges dafür, dass die erwähnte Umkehr des statistischen Verhältnisses zwischen weiblicher Erwerbstätigkeit und Kinderzahl in den 1990er Jahren nicht daran liegt, dass die Zahl der Kinder in den postfamilialen Reproduktionsregimen *gestiegen* wäre, sondern vielmehr daran, dass sie in den familialistischen Systemen weiter *gesunken* ist (Tabelle 3). Selbst in Schweden, dem Modellland pronatalistischer Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, bleibt die Fertilität beharrlich unter dem für die Erhaltung des Bevölkerungsbestands erforderlichen Niveau. Des Weiteren gibt es gute Gründe zu bezweifeln, dass das »schwedische Modell« sich überhaupt auf ein Land wie Deutschland übertragen ließe. Einer davon sind seine hohen fiskalischen Kosten, die unter den Bedingungen einer weltweiten staatlichen Finanzkrise die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand selbst in einem Hochsteuerland wie Schweden auf die Dauer überfordern könnten.⁵ Man darf bezweifeln, ob im Deutschland der Haushaltskonsolidierung nach den Tributzahlungen an das Weltfinanzsystem (Streeck und Mertens 2010) der Aufbau des versprochenen flächendeckenden Systems staatlicher Kinderbetreuung in den kommenden Jahren noch möglich sein wird.

⁵ Seit den Finanzkrisen der 1980er und 1990er Jahre ist das schwedische Besteuerungsniveau kontinuierlich von 53,0 % der Wirtschafts-

leistung (1990) auf 47,6 % (2008) zurückgenommen worden und liegt heute nur noch knapp oberhalb des französischen (44,1 %).

Tabelle 3: Weibliche Erwerbstätigkeit und Geburtenraten, 1970 und 2005

		1970 Geburtenrate	
		Niedrig	Hoch
Weibliche Erwerbstätigkeit	Niedrig	Deutschland (47/2.03)	Frankreich (47/2.48) Italien (29/2.43)
	Hoch	Japan (53/2.13) Schweden (59/1.94)	US (49/2.48) UK (47/2.43)
		2005 Geburtenrate	
		Niedrig	Hoch
Weibliche Erwerbstätigkeit	Niedrig	Italien (50/1.32) Japan (61/1.26) Deutschland (67/1.34)	Frankreich (64/1.92)
	Hoch		US (69/2.05) UK (70/1.79) Schweden (78/1.77)

Die Zahlen in Klammern geben den Anteil der Frauen in Erwerbstätigkeit sowie die Geburtenrate an (Erwerbsquote in Prozent/Geburtenrate). 1970 besteht bei den sieben untersuchten Ländern kein Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Geburtenrate. 2005 dagegen lagen fast alle Länder in den Zellen für niedrig/niedrig und hoch/hoch: die – positive – Korrelation war also so gut wie vollständig. Die einzige Ausnahme ist Frankreich: dass es trotz einer hohen Geburtenrate eine relativ niedrige weibliche Erwerbstätigkeit aufweist, liegt an der *allgemein* niedrigen französischen Erwerbsquote. Zwischen 1970 und 2005 haben drei Länder die Zelle gewechselt: Italien und Japan wegen seiner stark gesunkenen Geburtenrate; Japan wegen einer relativ gesunkenen, wenn auch absolut gestiegenen weiblichen Erwerbsquote; Schweden wegen einer relativ gestiegenen, wenn auch absolut gesunkenen Geburtenrate. In *allen* Ländern ist die Geburtenrate gefallen; 1970 hatten die Länder mit hohen Geburtenraten im Durchschnitt 2,46 Geburten pro Frau, 2005 nur noch 1,89; bei den Ländern mit niedrigen Geburtenraten fiel der Durchschnitt *noch stärker*, von 2,03 auf 1,31. Auch dort, wo 2005 Erwerbstätigkeit *und* Geburtenrate hoch waren, ist die Erstere seit 1970 *gestiegen* und die Letztere *gefallen*.

Hinzu kommt, dass die Struktur der weiblichen Beschäftigung in Deutschland eine ganz andere ist als in Skandinavien, wo die meisten Frauen in einem breit ausgebauten öffentlichen Dienstleistungssektor tätig sind.⁶ Damit genießen sie ein Maß an Beschäftigungs- und Beförderungssicherheit, das in einem überwiegend privaten Arbeitsmarkt

6 Und in der Tat häufig in eben jenen Kindertagesstätten, in denen Frauen ihre Kinder abgeben, um selbst auch in anderen Kindertagesstätten arbeiten gehen zu können. Der Iro-

nie dieser Art von Kreislaufwirtschaft ist man sich gerade in den skandinavischen Ländern durchaus bewusst.

undenkbar ist – zumal wenn dessen »Flexibilität« durch immer neue institutionelle Reformen immer weiter gesteigert wird. Die vergleichsweise hohen skandinavischen Geburtenzahlen dürften zu einem nicht unerheblichen Teil auch dem Umstand zu verdanken sein, dass weibliche Beschäftigung unter staatsfeministischen Vorzeichen weniger dem Wettbewerb ausgesetzt, weniger unreguliert und insgesamt weniger unsicher ist als in den überwiegend privatwirtschaftlichen Beschäftigungssystemen anderer Länder.⁷

Auch diese sind allerdings unter bestimmten Bedingungen durchaus mit hohen Geburtenraten vereinbar. Hier empfiehlt es sich, den großen »Ausreißer« unserer Länderauswahl, die Vereinigten Staaten, genauer zu betrachten. Die USA geben so gut wie gar nichts für Familienpolitik aus (Tabelle 2), haben kaum öffentliche Beschäftigung und dennoch eine Geburtenrate oberhalb des schwedischen Niveaus – ebenso wie sie sich einen hochflexiblen Arbeitsmarkt leisten können, ohne für ihn mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bezahlen zu müssen.⁸ Die Erklärung für beides ergibt sich aus der für unregulierte Arbeitsmärkte charakteristischen hohen sozialen Ungleichheit, verbunden mit umfangreicher Einwanderung. In den USA ermöglicht es eine extreme Spreizung der Einkommen, dass erwerbstätige Familien und Frauen der gut verdienenden Mittelschicht sich die Dienstleistungen, die sie für die Versorgung ihrer Kinder benötigen, aus eigenen Mitteln am Markt beschaffen können. Was skandinavischen Müttern im *folkhemmet* (wörtlich übersetzt: Volksheim) des feministischen Wohlfahrtsstaats mit seinen geschlossenen Betreuungssystemen gegen hohe Besteuerung geboten wird, bietet sich amerikanischen Müttern gegen bare Zahlung in den *shopping malls* einer offenen Dienstleistungsökonomie. Was in Europa der eingreifende Staat besorgt oder besorgen soll, besorgt in den USA der freie Markt, zu hohen sozialen, dafür aber niedrigen Lohn- und fiskalischen Kosten.

Immigration und Armut erhöhen die Geburtenrate nicht nur auf dem Umweg über ihre guten Dienste an der Mittelschicht, sondern auch direkt. Der kalten Analyse des Ökonomen Gary Becker zufolge haben Frauen, die kein »Humankapital« ihr Eigen nennen, keine »Opportunitätskosten«, wenn sie statt Geld zu verdienen Kinder bekommen (Becker 1993 [1991]). Je mehr Arme also, desto mehr Kinder – sowohl am oberen Rand der Gesellschaft, wo eine kaufkräftige Nachfrage nach Haushaltsdienstleistungen in der glücklichen Lage ist, auf ein flächendeckendes preiswertes Angebot derselben zu treffen, als auch unten. Ebenfalls der Geburtenrate zuträglich ist es, wenn die Einwanderer aus traditionellen Gesellschaften stammen, wo das Gebären von

7 Ein Indiz dafür, dass der für die Geburtenrate ausschlaggebende Faktor die Sicherheit des Arbeitsplatzes sein könnte (und nicht beispielsweise die Zahl der Krippenplätze), liefert die frühere DDR. Dort begann Mitte der 1970er Jahre ein Babyboom, nachdem die Geburtenraten in Ost- und Westdeutschland ein Jahrzehnt lang parallel eingebrochen waren. Die Wende in der Geburtenentwicklung fiel zusammen mit der Einführung langer gesetzlicher Auszeiten für Mütter bei uneingeschränkt garantierter Rückkehr an den Arbeitsplatz. Während die Geburtenrate in der

Bundesrepublik nach 1975 weiter auf 1,4 fiel, stieg sie in der DDR im selben Zeitraum auf 1,9 an und blieb bis zur Wiedervereinigung deutlich oberhalb der westdeutschen Geburtenrate. Danach stürzte sie in sehr kurzer Zeit auf etwa 0,7 ab, trotz des von der DDR geerbten massiven Überangebots an Kindertagesstätten, und erreichte erst gegen Mitte der 2000er Jahre wieder das – niedrige – westdeutsche Niveau (Statistisches Bundesamt 2007).

8 Eine weitgehend ähnliche Situation besteht in Großbritannien.

Kindern für Frauen eine soziale Verpflichtung darstellt, die individuellen Interessen vorgeht. So kann Einwanderung den Import von Haltungen und Handlungen ermöglichen, die in modernen Gesellschaften nicht mehr vorkommen und, soweit möglich, durch fiskalisch teure wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen ersetzt werden müssten.

Die Wunsch Kinder des Wohlfahrtsstaats

Natürlich sehen wir als gute Europäer das, was wir »das amerikanische Sozialmodell« nennen, mit gebührendem Abscheu. Aber sind wir wirklich so weit weg von Amerika, wie wir glauben möchten und es gerne wären? Auch in Europa nehmen Immigration und Ungleichheit zu, in Ländern wie Deutschland besonders rasch (OECD 2008). Wie groß ihr Anteil an den deutschen oder schwedischen Geburtenraten heute schon ist, wissen wir nicht genau, unter anderem weil die statistische Erfassung von Familien »mit Migrationshintergrund« nicht nur technisch, sondern auch politisch schwierig ist.⁹ Impressionistische Evidenz legt jedoch nah, dass es hier nicht um Kleinigkeiten geht. Zu dieser Evidenz gehört die auch in der Öffentlichkeit immer salonfähiger werdende Befürchtung, dass die zur Geburtenförderung verfügbaren knappen fiskalischen Mittel den Falschen zugutekommen: Man erinnere sich an den früheren Berliner Haushaltssanierer und das spätere Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank Thilo Sarrazin (SPD) und seine Rede von der Überproduktion »ständig neuer kleiner Kopftuchmädchen« (Sarrazin 2009).¹⁰ Derartige Äußerungen sprechen für die Vermutung, dass ein Wohlfahrtsstaat, der zu »Vater Staat« wird, dazu neigen dürfte, neben der *Globalsteuerung* der Nachwuchsproduktion auch eine Art von *Feinststeuerung* zu versuchen: also zwischen politisch und fiskalisch mehr oder weniger wünschenswerten Kindern zu unterscheiden.¹¹

Tatsächlich ist die Sorge, dass aus den immer zahlreicheren Kindern »mit Migrationshintergrund« die Problemkinder, Problem Jugendlichen und Problemarbeitnehmer der Zukunft werden könnten und es den Staat teuer, vielleicht zu teuer, zu stehen kommen könnte, ihre künftige wirtschaftliche Performanz auf das Niveau einer deutschen »Wissengesellschaft« hochzuschleusen, schon heute deutlich im Hintergrund des familien-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Diskurses zu erkennen. Dass derartige Befürchtungen in den USA nur selten aufkommen, liegt übrigens wohl vor allem daran, dass der amerikanische Staat für die Regulierung der Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherung seiner Bürger keine Verantwortung übernimmt sowie an der entsprechend hohen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts für gering oder gar nicht qualifizierte Arbeitskräfte. Hinzu kommt der Umstand, dass unter dem Immigrationsregime einer offenen kapitalistischen Marktwirtschaft auch die am *oberen* Ende des Arbeitsmarkts benötigten Arbeitskräfte leicht aus dem Ausland eingeführt

9 Von den 2008 in Deutschland geborenen Kindern hatten 23 % mindestens einen ausländischen Elternteil (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 11. Mai 2010). Kinder, deren beide Eltern deutsche Staatsbürger »mit Migrationshintergrund« sind, werden nicht gesondert erfasst.

10 Der Vortrag, der diesem Beitrag zugrunde

liegt, wurde vor dem Erscheinen des Buches mit den in der Öffentlichkeit so genannten »Sarrazin-Thesen« gehalten (Sarrazin 2010).

11 Man könnte auch sagen: den Versuch zu machen, bei der *Immigration von innen* (durch die nachwachsende Generation) ebenso zu verfahren wie man, idealiter, bei der *Immigration von außen* verfahren können möchte.

werden können, nachdem sie beispielsweise in chinesischen, indischen, koreanischen oder japanischen Familien und Schulen die Mathematik gelernt haben, die man in amerikanischen Familien und an amerikanischen High Schools immer weniger oder jedenfalls nicht mehr in ausreichendem Maße lernen kann.

Ein Indiz für eine wachsende Neigung im wohlfahrtsstaatlichen Volksheim, die Hervorbringung von Kindern einem politischen Qualitätsmanagement nach Maßgabe von Kosten-Nutzen-Analysen zu unterwerfen, ist die Debatte um die fehlenden sogenannten »Akademikerkinder«. Sie vor allen anderen sind die Wunschkinder des Interventionsstaats, weil man glaubt, hoffen zu können, dass Paare von »Akademikern«, wenn sie sich denn einmal zur Beteiligung an der gesellschaftlichen Nachwuchsproduktion bereitgefunden haben, bestimmte, für hohe wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sorgende Sozialisationsleistungen besser und billiger zu erbringen vermögen als der Staat. (Insofern scheint, was die »gebildete« Mittelschicht angeht, das Subsidiaritätsprinzip durchaus noch zu gelten.) Staatlich organisierte Kinderverwahrung reicht aber offenbar selbst in Schweden nicht aus, um die potentiellen Eltern von Premium-Kindern dazu zu bringen, diese auch zu zeugen; Transferzahlungen müssen hinzukommen, die den Viel- und Gutbeschäftigten einen Teil des Einkommens ersetzen, das ihnen entgeht, wenn einer der Eltern oder beide nach Geburt eines Kindes zwischenzeitlich auf außerhäusliche Erwerbsarbeit verzichten. Charakteristisch für derartige Zahlungen ist, dass sie bis zu einer Obergrenze mit dem Einkommen steigen, um das erreichte schichtspezifische Konsumniveau nicht zu sehr unter der Kindeslast einbrechen zu lassen. Damit begünstigen sie verteilungspolitisch die Besserverdienenden. Dennoch ist das sogenannte »Elterngeld« im sozialdemokratischen Schweden erfunden und auf Betreiben der SPD in das rot-grüne und später schwarz-rote Deutschland übernommen worden, wo es nach wie vor als bedeutende familienpolitische Innovation gilt.¹²

Geld statt Zeit?

Bevölkerungspolitische Wirkungen scheint das Elterngeld allerdings mindestens in Deutschland noch nicht entfaltet zu haben, vor allem nicht in der Mittelschicht, auf die es zielt. Hier sind die Geburtenraten allem Anschein nach gleich geblieben oder gar weiter gefallen.¹³ Ein Jahr oder 14 Monate freie Zeit ist wohl doch zu wenig im Vergleich zu den dann folgenden langen Jahren elterlicher Doppellast – oder die gezahlten Beträge sind zu niedrig, um die mit Kindern verbundenen Konsum- und Komfortschäden sowie die Gefahr eines Arbeitsplatz- oder Karriereverlusts auszugleichen. So

12 Siehe dazu nunmehr den sozialdemokratischen Genossen und Bevölkerungspolitiker Sarrazin, der in seinem mittlerweile in Millionenaufgabe verkauften Buch vorträgt, es könnte »beispielsweise bei abgeschlossenem Studium für jedes Kind, das vor Vollendung des 30. Lebensjahres der Mutter geboren wird, eine staatliche Prämie von 50.000 Euro ausgesetzt werden. [...] Die Prämie – und das wird die politische Klippe sein – dürfte

allerdings nur selektiv eingesetzt werden, nämlich für jene Gruppen, bei denen eine höhere Fruchtbarkeit zur Verbesserung der sozioökonomischen Qualität der Geburtenstruktur besonders erwünscht ist.« (Sarrazin 2010: 389 f.)

13 Dazu: »Immer weniger Kinder: Deutschland bei Geburtenrate Schlusslicht in Europa«, in: Süddeutsche Zeitung, 28. Juli 2010, S. 5.

geht denn das Elterngeld überwiegend an Geringverdiener und betrug 2009 im Durchschnitt nicht mehr als 699 Euro.¹⁴ In Reaktion darauf wird seit kurzem die Parole ausgegeben, dass erst ein nahtloser Übergang in die kostenlose Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr dem Elterngeld zu seiner vollen Wirkung verhelfen könne. Aber wo sollen nach dem Bankenkraich die Mittel für eine flächendeckende öffentliche Krippenversorgung noch herkommen?

Geld kann, so scheint es, in einer Erwerbsgesellschaft, wo Zeit Geld ist, Zeit weder kaufen noch ersetzen. Das gilt allerdings nicht für alle. Vom Staat bezahlte Freistellung vom Arbeitszwang gibt es durchaus: So wendet die Sozialpolitik Milliarden auf, um das Renteneintrittsalter langsamer steigen zu lassen als die Lebenserwartung, und sie hat jahrzehntelang die Frühverrentung auf das Großzügigste subventioniert (Ebbinghaus 2006). Bei Müttern aber ist es anders: Sie müssen »aktiviert« werden, weil Wirtschaft und Politik ihr »frisches Blut«, ihre von Senioritätszuschlägen freien niedrigeren Löhne, ihre geringeren Ansprüche und höhere Fügsamkeit sowie ihre staatlich finanzierte, auf dem letzten Stand befindliche Ausbildung dringend benötigen, und sie wollen es auch, weil sie befürchten müssen, nach einer »Familienpause« in einem zunehmend deregulierten Arbeitsmarkt nicht wieder Fuß fassen zu können.

So müssen die Erfolgsmeldungen für die neue Familienpolitik von einem Nebenkriegsschauplatz kommen: dem des Geschlechterkampfs. Wenn das Elterngeld schon keine zusätzlichen Kinder hervorbringt, dann muss es eben in Gestalt der sogenannten »Vätermonate« als öffentliche Umerziehungsmaßnahme zur Refamilialisierung des Mannes – als Korrektur seiner durch die langjährige Deregulierung der Familie beförderten Entfamiliarisierung – verkauft werden. Nachrichten über die wachsende Zahl der Väter, die sich staatlich subventioniert zwischen zwei Monaten und einem halben Jahr Zeit nehmen, um ihre neugeborenen Kinder zu Hause zu betreuen, werden gerne verbreitet und gehört.¹⁵ Ob das »Wickelvolontariat« der Väter bleibende Effekte hat, weiß niemand. Unterstellt wird interessanterweise, dass Männer (wenn schon nicht Frauen) die Erfahrung häuslicher Säuglingsbetreuung als solche erfreulich genug finden, um sie freiwillig weiterhin und immer wieder machen zu wollen.

Dafür, dass es sich bei den »Vätermonaten« um Symbolpolitik für die Abteilung »Modernes Leben« der Tageszeitungen handelt, spricht, dass sie nichts an den tiefen Verwerfungen der Sozialstruktur ändern, die die Zahl der alleinerziehenden Mütter ständig steigen und Kinder allein zu erziehen zum weitaus größten Armutsrisiko für

14 2009 hatten 28,4 % der Elterngeldbezieher kein Einkommen und erhielten den für diese Gruppe vorgesehenen Pauschalbetrag von 300 Euro. 20,6 % erhielten zwischen 300 und 500 Euro, was auf ein Einkommen von unter 800 Euro im Monat schließen lässt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010).

15 Typisch Yasmin El-Sharif, Warum das Elterngeld doch ein Erfolg ist, in: Spiegel Online, 11. Juni 2010. Siehe auch Wo kommen die Kinder her? Die Debatte, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19. April 2010,

S. 36; ferner die damalige Familienministerin in einer Pressekonferenz im Oktober 2008: »Elterngeld und Vätermonate bringen die Macht des Faktischen in die Betriebe hinein«. Bericht unter der Überschrift »Elterngeld: ›Ein uneingeschränkter Erfolg«, in: FAZ.NET, 30. Oktober 2008. Zum Elterngeld allgemein siehe die diversen Veröffentlichungen des zuständigen Bundesministeriums (etwa Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008 und 2010) sowie Rheinisch-Westfälisches Institut (2009).

Frauen haben werden lassen.¹⁶ Die Beteiligung der staatlichen Politik am geschlechterpolitischen Kulturkampf soll wohl davon ablenken, dass ihr die Folgen der von ihr selbst vorangetriebenen Deregulierung und Flexibilisierung nicht nur der Arbeitsmärkte, sondern auch der Familienstrukturen längst über den Kopf gewachsen sind. Hauptzweck scheint zu sein, den Konflikt zwischen universeller »Aktivierung« für einen immer flexibleren Arbeitsmarkt und den Erfordernissen gelingender Nachwuchsproduktion vergessen zu machen, der vor allem ein Konflikt über die Verteilung der Zeit zwischen Arbeit und Leben ist: die Zeit für das, was Weber den »Marktkampf« genannt hat, geht von der Elternzeit ab und kann anscheinend auch durch Elterngeld nicht zurückgekauft werden.¹⁷

Wenig Geld, viel Zeit

Viele Kinder gibt es, wo Frauen viel Zeit haben: in der oberen Oberschicht, besonders aber in Armut und Arbeitslosigkeit, in der ausgekoppelten Überschussbevölkerung der sogenannten Wissensgesellschaft.¹⁸ Allerdings bekommt Letztere aus der ökonomistischen Perspektive, die in den letzten Jahrzehnten tief in das Alltagsverständnis eingedrungen ist, die *falsche Sorte* von Kindern. Hier stößt der bevölkerungspolitisch aktivierte Wohlfahrts- und Interventionsstaat auf eine verzwickte Gemengelage, über die bis jetzt öffentlich bestenfalls kodiert gesprochen werden kann. Ich möchte zum Schluss kurz die starken Versuchungen zu einer *marktorientierten Sozialeugenik* beschreiben, denen eine postfamiliale Bevölkerungspolitik – wie ich glaube: unvermeidlich – ausgesetzt ist.

Was Deutschland angeht, so ist nicht das viel gefeierte Elterngeld das erfolgreichste Geburtenförderungsprogramm, sondern, mit weitem Abstand, Hartz IV. Frauen in Langzeitarbeitslosigkeit, ganz anders als die umworbenen »Akademikerinnen«, haben Nachwuchs oberhalb der demografischen Bestandserhaltungsquote.¹⁹ Auch in Deutschland profitieren die Geburtenraten nicht nur von der Immigration, sondern auch von jenem Armutseffekt, der in den USA und Großbritannien schon lange wirksam ist. Unterschwellige Vermutungen, worauf dieser beruhen könnte, richten sich auf ein Zusammentreffen wohlfahrtsstaatlicher Großzügigkeit mit persönlicher

16 Für eine umfassende Übersicht über die Lage der rapide wachsenden Anzahl alleinerziehender Eltern in Deutschland – überwiegend Frauen – siehe Statistisches Bundesamt 2010.

17 Vor diesem Hintergrund erscheint die durchaus berechnete, wenn man so will: »ordnungspolitische« Frage, ob und wie weit staatliche Politik das Recht haben soll, gesellschaftliche Lebensweisen mit Hilfe finanzieller Anreize marktkonform umzugestalten, eher von zweitrangiger Bedeutung – zumal so etwas in aller Regel ja sowieso nicht funktioniert.

18 Dem Statistischen Bundesamt zufolge waren 2008 90 % der Frauen mit einem Jahreseinkommen von unter 20 000 Euro Mütter. Bei Frauen mit einem Einkommen von 40 bis

50 000 Euro lag der entsprechende Anteil bei 58 %.

19 Unter Zugrundelegung von Zahlen des Deutschen Landkreistags gelangt Gunnar Heinsohn (2010) zu der Feststellung, dass »bei den 58,5 Millionen Einwohnern unter 65 Jahren, die sich selbst versorgen, [...] die Kinder unter fünfzehn Jahren nur einen Anteil von sechzehn Prozent« ausmachen. »Bei den sieben Millionen Bürgern unter 65 Jahren auf Hartz IV jedoch schaffen die Kinder unter fünfzehn Jahren mit vitalen 24,3 Prozent [...] einen Anteil, bei dem einem um weiteres Bevölkerungswachstum nicht bange sein muss.« Siehe auch den hohen Anteil der Hartz IV-Empfänger (ein knappes Drittel) an den Empfängern von Elterngeld.

Arbeitsscheu: Hartz IV-Frauen kriegen Kinder, und immer mehr Kinder, um nicht »arbeiten« zu müssen und sich von Kinderzulagen, Kindergeld, Familiengeld, jetzt Elterngeld, möglicherweise bald auch noch Betreuungsgeld ein gutes oder doch bequemes Leben zu machen.

Damit ist das aus der amerikanischen Innenpolitik der 1960er und 1970er Jahre stammende Gespenst der *welfare mother* auch in Deutschland angekommen. In den USA gab und gibt es Sozialhilfe nur für Kinder unverheirateter Mütter, und seitdem es sie gibt, gibt es auch die Figur der ledigen, in der Regel schwarzen und arbeitslosen vielfachen Mutter als populäres Beispiel für die »Fehlanreize« eines noch so minimalen Wohlfahrtsstaats und seine unvermeidlich destruktiven sozialen Folgen.²⁰ In der Tat scheint die Ausgestaltung der Sozialhilfe in den USA ihren Teil dazu beigetragen zu haben, dass der Anteil der unehelichen Geburten in der schwarzen Bevölkerungsgruppe seit den 1960er Jahren kontinuierlich von etwa 20 auf heute rund 70 Prozent (2005: 69,4 Prozent) gestiegen ist (U.S. Census Bureau, Statistical Abstract of the United States). Eine ähnliche Wirkung wird bei uns übrigens der Konstruktion der sogenannten »Bedarfsgemeinschaften« nach Hartz IV nachgesagt.

Anders als bei den gut ausgebildeten Frauen in der Mitte der neuen Dienstleistungsgesellschaft, heißt das, scheinen materielle Anreize zur Kinderproduktion bei den Armen tatsächlich zu funktionieren. Freilich gilt, was die Politik sich von der Mittelschicht vergebens erhofft, bei der Unterschicht als moralisch anstößig. Die Gestalt der *welfare mother* erscheint dabei als die hässliche Kehrseite des ansonsten zum allgemeinen Kulturideal erhobenen Homo oeconomicus. Indem sie wie dieser ihr Leben ganz auf die Verfolgung materieller Vorteile hin durchrationalisiert, tut sie, was kapitalistische Gesellschaften grundsätzlich für recht und billig halten, allerdings als Karikatur und Provokation, nicht so sehr, weil sie dafür ihren Körper einsetzt – das soll die »Akademikerin« ja auch –, sondern offenbar weil sie sich an staatlichen statt an Marktanzügen orientiert. Zugleich erinnert sie auf unbequeme Weise daran, dass Frauen mehr Kinder haben können, wenn sie Zeit haben und nicht neben den Ungewissheiten des modernen Familienlebens auch noch die eines deregulierten Arbeitsmarkts auf sich nehmen müssen.²¹

Versuche, die Überproduktion von Kindern schlechter Eltern einzudämmen – auch um den Preis noch weiter sinkender allgemeiner Geburtenraten – sind längst im Gang. Die hohe Fruchtbarkeit der ausgesonderten Randbevölkerung, ob eingewandert oder eingeboren, führt zu deutlicher Überfremdungsfurcht bei den Mittelschichten, die mit der Angst einhergeht, für die staatliche Nachsozialisierung einer Generation von Kindern minderer Qualität – mit Sarrazin: Masse statt Klasse²² – auch noch besteuert zu

20 Die endlose und längst unüberschaubare Debatte zu diesem Thema beginnt mit dem sogenannten »Moynihan Report« (United States Department of Labor 1965).

21 In der empirischen Forschung, die fast ohne Ausnahme von dem neoprottestantischen Wertesystem der flexibilisierten Marktgesellschaft mit allgemeiner Erwerbspflicht auch für Mütter durchtränkt ist, findet sich die Beobachtung, dass »highly educated women

postpone parenthood when subject to employment uncertainties«, während »those with low levels of education often respond to these situations by becoming mothers« – im Jargon des Rational Choice: »as a strategy to structure their otherwise uncertain lifecourse« (Kreyenfeld 2010: 351, 361).

22 Wobei sich die der Debatte zugrunde liegenden sozio-genetischen Annahmen natürlich durchaus in Frage stellen lassen. Zahlreiche

werden.²³ Gelegentliche Sterilisierungsfantasien scheitern an, historisch freilich noch neuen und möglicherweise ungefestigten, normativen Schranken; bis in die 1960er Jahre wurden in einem Land wie Schweden Frauen der Unterschicht von Amtsärzten notfalls auch gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht.²⁴

Heute ist das Mittel der Wahl die »Aktivierung« langzeitarbeitsloser Mütter für den Arbeitsmarkt, durch die ihnen ihre auf Kinder verwendete Zeit ebenso abhandkommen würde wie den »arbeitenden« Frauen. Aktivierung hat den Vorteil, dass sie die Kosten des Wohlfahrtsstaats senkt und seine Einnahmen erhöht; auch aus diesem Grund kommt der Druck zur Vermarktung der menschlichen Arbeitskraft heute längst nicht mehr nur von den Unternehmen. Die Eingliederung von Hartz IV-Müttern in den Arbeitsmarkt allerdings kostet mehr als sie einbringt, weil sie einen breiten Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung erfordert; ähnliches hat man schon in den USA nach Clintons Abschaffung von »welfare as we know it« lernen müssen. Auch setzt Aktivierung voraus, dass es Jobs gibt, von denen eine Frau mit Kindern leben kann; bei fortschreitender Entgewerkschaftung und ohne gesetzliche Mindestlöhne ist das alles andere als garantiert.²⁵ So wird es wohl zunächst bei staatlich finanzierter Nichterwerbstätigkeit als wirksamstem Instrument der Geburtenförderung bleiben.

Politisch führen die Verwickelheiten einer pronatalistischen Bevölkerungspolitik in einer immer ungleicher werdenden Gesellschaft mit wohlfahrtsstaatlichen Traditionen zu erstaunlichen Frontverläufen. So haben, wie erwähnt, Sozialdemokraten und Konservative nicht nur in Schweden und Deutschland gemeinsam Sozialleistungen beschlossen, die vor allem doppeltverdienenden Paaren der Mittelschicht zugutekommen sollen. Es sind denn auch nicht die »Vätermonate«, die gegenwärtig der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen, sondern das pauschalierte Elterngeld von 300 Euro im Monat für Hartz IV-Familien. Da diese bisher den Löwenanteil des Elterngeldes kassiert haben (siehe oben, Fußnote 14), soll auf diese Weise, bei hoher fiskalischer Ersparnis, die künftige Leistungsstruktur endgültig so marktkonform werden wie ursprünglich gewollt. Und wenn versprengte Restkatholiken einen Teil

»Leistungsträger« der deutschen Nachkriegsgesellschaft, unter ihnen mindestens zwei Bundeskanzler, stammen ja aus Familien- und Schichtverhältnissen, die alles andere als gut-situiert waren. Aus der heute weithin akzeptierten Rational-Choice-Perspektive ließen sich die Warnungen der Mittelschicht vor der »Masse« der Unterschichtkinder vielleicht auch als Teil einer Strategie der Statussicherung und Marktschließung zugunsten der – wenigen – eigenen Kinder verstehen.

23 Siehe Gunnar Heinsohn (2010), Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen, der unter der Überschrift *Gefährliches Wachstum* schreibt: »[...] darf man davon ausgehen, dass bei den Versorgten die Vermehrung sehr viel effektiver verläuft als bei den Bürgern, die für sie aufkommen«. Die dabei entstehenden Kinder müssten »in die Klassen mit den guten Schulnoten (herübergezogen)« werden:

»Leicht wird das nicht. Denn die Schulnoten werden nicht dadurch besser, dass die Frauen mehr Geld für dritte oder vierte Kinder bekommen [...]«, usw.

24 Ende der 1990er Jahre berichtete eine Artikelserie in *Dagens Nyheter*, dass in Schweden zwischen 1935 und 1976 über 60 000 Menschen gegen ihren Willen zwangssterilisiert wurden, weil sie nach den damals geltenden Gesetzen als »rassisch minderwertig« oder »sozial abweichend« eingestuft worden waren. Zum Zeitpunkt der Berichte, die die Einsetzung einer Regierungskommission zur Folge hatten, sollen etwa 20 000 bis 25 000 Betroffene, vornehmlich Frauen, noch am Leben gewesen sein.

25 Zu Armutslöhnen in Deutschland siehe kürzlich, neben vielen anderen, Kalina und Weinkopf 2010.

des Geldes, das ein Kita-Platz kosten würde, als »Betreuungsgeld« an Familien ausschütten wollen, die die Zeit haben oder sich nehmen wollen, ihre Kinder zu Hause zu versorgen, opponieren Wirtschaftsliberale und Progressive gleichermaßen: die einen, weil ihnen dies zu wenig »Aktivierung« und zu viel Umverteilung nach unten ist;²⁶ die anderen, weil es Frauen am »Herd« subventioniert statt da, wo sie nach gut sozialdemokratischer Auffassung hingehören: am Arbeitsplatz; und beide aus Angst vor der Produktion von noch mehr Kindern niedriger Qualität.

Allerdings: Einer vollständigen Durchrationalisierung der staatlichen Geburtenförderung stehen die gegen die Marktlogik gerichteten Traditionen des Wohlfahrtsstaats noch immer im Weg. Solange sie überleben, wird die aus dem Markt herausgefallene und vom Sozialstaat alimentierte Unterschicht auch weiterhin mehr Zeit zur Nachwuchsproduktion haben als die erwerbstätige Mehrheitsgesellschaft. Die Hartz IV-Gesetze hatten die Kinderzuschläge für Sozialhilfeempfänger niedrig angesetzt, nicht zuletzt, um keine, wie die Ökonomen es nennen: perversen Anreize für mögliche *welfare mothers* zu schaffen. Aber die Standardlogik der Mikroökonomie ist trotz aller Reformen noch immer nicht dieselbe wie die des Sozialstaats. Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht Regierung und Parlament dazu verurteilt, die Kinderzuschläge neu und so zu berechnen, dass Kinder armer Eltern eine mehr als nur illusorische Aussicht haben, chancengleich in die Gesellschaft hineinzuwachsen. Dazu gehört nach geltendem Recht, dass sie »leben können müssen, ohne sogleich als Leistungsempfänger aufzufallen« (Lenze 2010: 14). Kritiker befürchten, dass höhere Kinderzuschläge die Überschussbevölkerung zu entsprechend höherer Kinderproduktion anregen werden, zumal die Eltern die Zuschläge ja auch für sich selbst verwenden könnten. Vielleicht sollte man ihnen nur Sachleistungen oder Gutscheine geben?²⁷ Aber niemand weiß, ob das Gericht das mitmachen würde, und die Kosten der Bürokratie kämen zu denen der höheren Zuschläge noch hinzu. Guter Rat ist teuer, ebenso wie bei den Qualitätskindern, die der Staat gerne hätte, aber im Wettbewerb mit den Verlockungen und Zwängen des Marktes weder bekommt noch bezahlen kann. Was tun, wenn Familienzeit, wo man sie braucht und nicht hat, durch Geld nicht zu ersetzen ist und nur dort vorkommt, wo sie wirtschaftlich nutzlos ist? Wenn man die Kinder nicht bekommt, für die man Verwendung hätte und zahlen würde, und stattdessen für Kinder zahlen muss, die man nicht brauchen kann und nicht will?

Literatur

Ahn, Namkee und Pedro Mira 2002: A Note on the Changing Relationship Between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries, in: *Journal of Population Economics* 15. 4, 667–682.

26 Dabei würde das »Betreuungsgeld« seine Empfänger lediglich dafür entschädigen, dass sie mit ihren Steuern zur Finanzierung der, im Idealfall natürlich gebührenfreien, Kita-Plätze der doppeltverdienenden Mittelschicht

herangezogen werden.

27 Siehe Sarrazin (2009: 199): »Wir müssen in der Familienpolitik völlig umstellen: Weg von Geldleistungen, vor allem bei der Unterschicht.«

- Becker, Gary S. 1993 [1991]: *A Treatise on the Family*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beckert, Jens 2009: *Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems*. MPIfG Working Paper 09/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, <www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-10.pdf>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2008: *Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit: Endbericht 2008*. Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010: *Familienreport 2010: Leistungen, Wirkungen, Trends*. Berlin: BMFSFJ.
- Dahrendorf, Ralf 1994: *Das Zerbrechen der Ligaturen und die Utopie der Weltbürgergesellschaft*, in: Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 421–436.
- Ebbinghaus, Bernhard 2006: *Reforming Early Retirement and Social Partnership in Europe, Japan and the USA*. Oxford: Oxford University Press.
- Heinsohn, Gunnar 2010: *Gefährliches Wachstum. Immer mehr Hartz-IV-Kinder*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai, 30.
- Kalina, Thorsten und Claudia Weinkopf 2010: *Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus*. IAQ-Report 2010-06. Essen: Institut Arbeit und Qualifikation.
- Kreyenfeld, Michaela 2010: *Uncertainties in Female Employment Careers and the Postponement of Parenthood in Germany*, in: *European Sociological Review* 26. 3, 351–366.
- Lenze, Anne 2010: *Hartz IV Regelsätze und gesellschaftliche Teilhabe: Das Urteil des BVerfG vom 9. 2. 2010 und seine Folgen*. WISO Diskurs Mai 2010. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07251.pdf>>.
- Lutz, Burkart 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Luxemburg, Rosa 1913: *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Berlin: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2008: *Growing Unequal. Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris: OECD.
- Rheinisch-Westfälisches Institut (RWI) 2009: *Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung*. Studie im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Essen: RWI.
- Sarrazin, Thilo 2009: *Thilo Sarrazin im Gespräch: Masse statt Klasse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten*, in: *Lettre International* 86, 197–201.
- Sarrazin, Thilo 2010: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Statistisches Bundesamt 2007: *Geburten in Deutschland*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt 2010: *Alleinerziehende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2009*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Streeck, Wolfgang 2009: *Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction*. MPIfG Working Paper 09/13. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, <www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-13.pdf>.

Streeck, Wolfgang und Daniel Mertens 2010: Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime. MPiFG Discussion Paper 10/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-5.pdf>.

United States Department of Labor 1965: The Negro Family. The Case For National Action. Washington, D.C.: United States Department of Labor, Office of Policy Planning and Research.